

**NETZWERK  
-BILDUNG**

# **SCHULSTRUKTUR**

**BESTANDSAUFNAHME,  
BUNDESLÄNDERINTERNER  
VERGLEICH UND PERSPEKTIVEN**

Hrsg. Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

ISBN: 978-3-86872-195-9

1. Auflage

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Stabsabteilung

Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler

Satz & Umschlag: minus Design, Berlin

Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

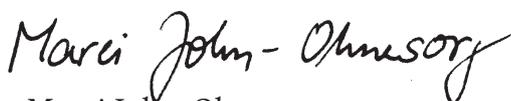
Printed in Germany 2009

Schulformen sind kein Selbstzweck, sondern sollen einen optimalen organisatorischen Rahmen bieten für qualitätvolle pädagogische Arbeit – das dreigliedrige Schulsystem bietet diesen Rahmen nicht mehr. Aus dieser Erkenntnis heraus und auch angesichts sinkender Schülerzahlen hat sich die Bildungslandschaft verändert: Ob Gesamt-, Gemeinschafts-, Regional- oder Stadtteilschule, die Umstrukturierung hat längst begonnen. So unterschiedlich wie die Namen, so unterschiedlich sind auch die Konzepte. Was verbirgt sich hinter den Ansätzen in den verschiedenen Bundesländern? Welche Erfahrungen liegen vor, wie erfolgversprechend sind die Konzepte? Und was bedeutet der Trend zur Zweigliedrigkeit für die Idealvorstellung eines sozial gerechten eingliedrigem Bildungssystems?

Bei der Sitzung des *Netzwerk Bildung* „Die Schulstrukturdebatte“ am 25. Mai 2009 wurden diese Fragen ausführlich diskutiert. Die Ergebnisse der Diskussion flossen in das vorliegende Positionspapier ein: „Schulstrukturelle Perspektiven für das allgemein bildende Sekundarschulwesen“. Im zweiten Teil „Die Schulstrukturen in den Bundesländern – Ein Überblick über Status quo und Perspektiven“ von Valerie Lange wird ein bundesländerinterner Vergleich unternommen. Hier sind auch einige exemplarische programmatische Aussagen der großen Parteien der jeweiligen Länder aufgenommen.

Bitte beachten Sie: Alle im Folgenden genannten Daten zu den Schüler- und Schulzahlen in den einzelnen Bundesländern sind der aktuellen Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes (Schuljahr 2007/2008) entnommen. Die Zahlen für 2008/2009 liegen in der nötigen Ausdifferenzierung noch nicht vor. Zwischen diesen Daten des Statistischen Bundesamtes und den Daten der Statistischen Landesämter der Bundesländer bestehen teilweise Diskrepanzen. Um einen Vergleich zu ermöglichen, haben wir uns für die eine einheitliche Datenbasis und damit für die Zahlen des Statistischen Bundesamtes entschieden. In diesem Zusammenhang sei jedoch angemerkt, dass auch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf Daten der Länder basieren. Eine zweite Anmerkung betrifft die kooperativen Gesamtschulen. Diese werden nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der jeweiligen Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

Wir möchten mit diesem Positionspapier nicht die ideologisch aufgeladene Debatte der letzten Jahrzehnte neu zu beleben. Vielmehr möchte das *Netzwerk Bildung* dazu beitragen, die Chance, die sich derzeit für Strukturreformen im Bildungswesen bietet, optimal für den Aufbau eines sozial gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems zu nutzen. Dabei soll auch diskutiert werden, welche Konsequenzen sich durch die länderspezifisch unterschiedlichen Ansätze ergeben und inwieweit eine Konvergenz erreicht werden kann.



Marei John-Ohnesorg  
Friedrich-Ebert-Stiftung

# SCHULSTRUKTURELLE PERSPEKTIVEN FÜR DAS ALLGEMEIN BILDENDE SEKUNDARSCHULWESEN

## 1. DER ZUSTAND DER ALLGEMEIN BILDENDEN SEKUNDAR- SCHULEN KANN NICHT ZUFRIEDEN STELLEN

Tagtäglich besuchen etwas mehr als 9 Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland allgemein bildende Schulen, darunter sind 5,6 Millionen in Schulen des Sekundarbereichs. Dort werden sie von etwa 650.000 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet. In den Haushalten der Städte und Gemeinden und der Länder werden dazu jährlich etwa 50 Milliarden Euro bereit gestellt. Trotz aller Anstrengungen während der vergangenen Jahre kann nicht behauptet werden, dass der Zustand des allgemein bildenden Schulwesens zufrieden stellend ist. Immer noch gilt, dass die Schulen in Deutschland mit ihrer strukturellen Zergliederung im Sekundarschulbereich

- **zu viele Verlierer hervorbringen:** Jährlich müssen in Deutschland etwa 225.000 Schüler und Schülerinnen eine Klasse wiederholen. Jahr für Jahr wechseln fast 57.000 Schüler und Schülerinnen aus Gymnasien in Schulen mit mehreren Bildungsgängen oder in Realschulen bzw. aus diesen beiden Schultypen in Hauptschulen. Jedes Jahr entlassen Deutschlands allgemein bildende Schulen 70.000 junge Menschen ohne einen Schulabschluss – und damit nahezu ohne die Perspektive, einen Beruf zu erlernen. Mit etwa 400.000 werden zu viele junge Menschen von Anbeginn ihrer Schulpflicht an oder im Verlauf ihrer Schulkarriere als Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf in separierende Schulen mit einem ausgesprochen geringen Anforderungscharakter verbannt.
- **zu wenig leistungsstarke Absolventen entlassen:** Mit 40% weisen Deutschlands Schulen eine Quote derer, die eine Studienberechtigung erwerben, auf, die nicht nur deutlich unterhalb internationaler Vergleichswerte – im OECD-Durchschnitt sind dies 60% - liegt, sondern die auch dazu beiträgt, dass sich der jetzt schon sichtbare Akademikermangel (bei Ärzten, bei Medizinerinnen, bei Lehrern) verfestigen wird.
- **insgesamt mit im internationalen Vergleich nur durchschnittlichen Leistungen seiner Schülerinnen und Schüler aufwarten können:** Bei den internationalen Vergleichsstudien der letzten Jahre war auffallend, dass Deutschlands Schülerinnen und Schüler in den unteren, den mittleren und den oberen Leistungsgruppen gleichermaßen zum Durchschnitt aller OECD-Länder zu zählen sind.
- **durchschnittliche Leistungen mit einer hohen sozialen und ethnisch geprägten Selektivität verbinden.**

Diese den deutschen Schulen eigenen Merkmale stellen das überkommene mehrgliedrige Sekundarschulwesen in Frage – und zwar mehr denn je, weil die neuere empirische Bildungsforschung eindringlich zeigt, dass die Schwächen des deutschen Schulsystems eng verbunden sind mit seiner strukturellen Untergliederung. Eindeutiger denn je belegt belastbare empirische Forschung, dass die vier Mythen, auf die sich das gegliederte Schulwesen Deutschlands stützt, als widerlegt gelten müssen. Wir können heute gut begründet feststellen:

### **Das Lernen in homogenen Lerngruppen ist nicht besonders erfolgreich.**

In Schulsystemen, die ihre Schülerinnen und Schüler länger als in Deutschland üblich gemeinsam lernen lassen und die dabei auch innerhalb der einzelnen Schulen auf alle Formen äußerer Leistungsdifferenzierung verzichten, werden Leistungen erreicht, von denen das deutsche Schulsystem nur träumen kann. Die Schulsysteme zahlreicher Länder, die ihre Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Schulpflichtzeit gemeinsam in leistungsheterogenen Gruppen unterrichten, schaffen es, ihre Jugendlichen auf ein – im Vergleich zu Deutschland – höheres Kompetenzniveau zu bringen, und zwar insgesamt und gleichermaßen bei den Lernschwächeren und den Lernstärkeren.

### **Das gegliederte Schulsystem sortiert keinesfalls leistungsgerecht.**

Die in Deutschland praktizierten Verfahren beim Übergang aus den Grundschulen in die weiterführenden Schulen erzeugen keine Leistungshomogenität. Alle neueren Untersuchungen belegen: Das Übergangsverfahren aus der Grundschule in die weiterführenden Schulen und auch die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlich anspruchsvollen Bildungsgängen des gegliederten Systems führen bis zum Ende der Pflichtschulzeit auch nicht annähernd zu leistungshomogenen Lerngruppen. Zwar findet sich bei den je Schulform erreichten durchschnittlichen Leistungswerten erwartungsgemäß eine Hierarchie, die vom Gymnasium über die Realschule bis zur Hauptschule reicht (vgl. z.B. Prenzel u.a. 2005, S. 169 ff.). Betrachtet man aber die getestete Kompetenz einzelner Schülerinnen und Schüler in diesen Schultypen, so finden sich bemerkenswerte Überlappungen.

### **Schulen können die Vererbung sozialer Lagen durchaus abschwächen.**

In allen Ländern, die sich an den internationalen Vergleichsstudien beteiligt haben, findet sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den schulisch erreichten Kompetenzen: Kinder und Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern sind beim schulischen Lernen erfolgreicher als solche aus bildungsfernen Familien. Deutschland zählt ausweislich der PISA-Studie 2006 allerdings zu den Ländern, in denen dieser Zusammenhang ganz besonders ausgeprägt ist. Die in Deutschland verbreitete und über lange Jahre weithin resignativ hingenommene Annahme, an gesellschaftlicher Ungleichheit könne in der Schule und durch die Schule ohnedies nichts geändert werden, ist durch empirisch abgesicherte Befunde aus Ländern wie Schweden, Kanada oder auch Japan widerlegt (Prenzel u.a. 2007, S. 323).

### **Falsche Entscheidungen sind durch Durchlässigkeit nur sehr schwer korrigierbar.**

Die das Leistungsvermögen von Kindern nicht ‚gerecht‘ spiegelnde Zuweisung mit ihrer schichtspezifischen Ausprägung verweist Kinder und Jugendliche in differenzielle Lernmilieus. Das anregungsärmere Entwicklungsmilieu in Hauptschulen bremst, das anregungsreichere in mittleren und höheren Schulen befördert. „Die Schulstruktur hat in gegliederten Systemen einen erheblichen Einfluss auf die Entstehung unterschiedlicher schulischer Lern- und Entwicklungsumwelten, die ihre Wirkung unabhängig von und zusätzlich zu den Effekten unterschiedlicher individueller Lernvoraussetzungen entfalten.“ (Baumert u.a. 2009, S. 43)

Den Wirkungen differenzieller Lernmilieus unterschiedlicher Schulformen sind Baumert u.a. weiter nachgegangen. Sie zeigen, dass sich die Leistungen von Jugendlichen, die zu Beginn der siebten Klasse gleich ‚stark‘ waren, die über die gleichen kognitiven Grundfähigkeiten verfügten und deren Sozialschichtzugehörigkeit vergleichbar war, bis zum Ende der zehnten Klasse in Abhängigkeit von der besuchten Schulform auseinander entwickeln. Sie fassen ihre Untersuchung so zusammen: „Diese Befunde weisen darauf hin, dass die in PISA nachgewiesene, im internationalen Vergleich ungewöhnlich große Leistungsstreuung am Ende der Vollschulpflicht zu einem

nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe I institutionell erzeugt oder zumindest verstärkt wird.“ (Baumert u.a. 2003, S. 288) Dieses ‚Ausbremsen‘ von Entwicklungsmöglichkeiten ist eine Erklärung dafür, dass ‚falsche‘ Schullaufbahnentscheidungen im Verlauf der weiteren Schullaufbahn – allen Behauptungen zur ‚Durchlässigkeit‘ zwischen den unterschiedlichen Schulformen zum Trotz – kaum korrigiert werden.

## 2. TROTZ DIESER BEFUNDE: WEITER SO?

Die vier ‚Säulen‘ des gegliederten Schulsystems erweisen sich also im Licht der neueren empirischen Arbeiten als Mythen: Homogene Lerngruppen sind nicht leistungsfähiger als heterogene. Die Verteilung auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege ist alles andere als leistungsgerecht und sie erfolgt zudem schichtspezifisch. Korrigieren lässt sie sich überwiegend nur auf dem Wege des Abstiegs, kaum aber durch Aufstieg. Also stellt sich die Strukturfrage radikal – nach Ergebnissen des Bildungsbarometers des Zentrums für empirische pädagogische Forschung, Universität Koblenz-Landau, würden fast 60 Prozent der Befragten eine ein- oder zweigliedrige Schulstruktur der dreigliedrigen vorziehen. (Zentrum für empirische pädagogische Forschung der Universität Koblenz-Landau 2008, S. 37).

Auch wenn derartige Ergebnisse vermuten lassen, Schulstrukturfragen stünden nicht länger unter Ideologieverdacht, bleibt festzustellen, dass keine Parteienkonstellation, die in einem der Bundesländer in Regierungsverantwortung steht, Anstalten gemacht hat oder macht, das gegliederte Schulsystem unter Einschluss des Gymnasiums durch eine Schule, in der Kinder bis zum Ende der zehnten Klasse gemeinsam lernen, abzulösen. Da, wo – wie in Berlin mit dem Gemeinschaftsschul-Modellversuch oder wie in Schleswig-Holstein mit der Gemeinschaftsschule – den Gymnasien die Beteiligung an Schulen gemeinsamer Erziehung eröffnet wurde, haben sich Gymnasien (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) daran zumindest bisher nicht beteiligt.

Die Wahrheit ist wahrscheinlich: Deutschland hat den Zeitpunkt der Durchsetzbarkeit einer Integrationspolitik einstweilen verpasst. Der Erhalt des gegliederten Schulsystems bzw. – in den neuen Ländern – die Wiedereinführung einer gegliederten Sekundarschulstruktur hat dazu geführt, dass immer mehr Eltern, die für ihre Kinder den ‚Aufstieg durch Bildung‘ suchten, im Gymnasium die Schule ihrer Wahl sahen und weiter sehen. Die darauf gegründete Bildungsexpansion hat auf diese Weise in Deutschland ein Widerstandspotenzial gegen die Aufhebung von Gymnasien erwachsen lassen, das andere europäische Länder in den sechziger und siebziger Jahren – also vor der Bildungsexpansion – bei ihrer Integration unterschiedlich anspruchsvoller Sekundarschulen noch nicht antrafen. Wer, zumal in den städtischen Ballungsgebieten mit Gymnasialquoten von tendenziell 50 Prozent, Gymnasien in Frage stellt, hat eine entsprechend große Gegnerschaft zu erwarten.

## 3. WIE WEIT FÜHREN ANDERE WEGE?

Beim Versuch, die Probleme des gegliederten Schulsystems zumindest abzuschwächen, werden zwei konkurrierende Wege verfolgt: der Weg über den zumindest bedarfsgerechten Ausbau der Gesamtschulen und neuerdings verstärkt der Weg über ein zweigliedriges Schulsystem. Wohin führen diese Wege?

### 3.1 ÜBER MEHR GESAMTSCHULEN ZUR „EINEN SCHULE“

In zahlreichen Ländern, die über ein quantitativ ins Gewicht fallendes Gesamtschulangebot verfügen, übersteigt bei den jährlichen Anmeldezahlen die Zahl der nachge-

fragten die der angebotenen Gesamtschulplätze mit großer Regelmäßigkeit. Diese langjährige Entwicklung wird neuerdings – ersten Beobachtungen zufolge – noch durch die zeitliche Verdichtung des Lernens an Gymnasien, die am Ende der Jahrgangsstufe 12 zur allgemeinen Hochschulreife führen, verstärkt. So übersteigt die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in der Mehrheit der Länder, die Gesamtschulen anbieten, regelmäßig das Platzangebot. Darauf gestützt wird in diesen Ländern die Forderung nach mehr Gesamtschulplätzen formuliert – auch in der Hoffnung, dadurch die Gesamtschulen nach und nach so präsent und so attraktiv werden zu lassen, dass sie irgendwann den Gymnasien den Rang ablaufen würden.

Ob sich das bewahrheiten wird, kann bezweifelt werden. Nicht fraglich aber ist: Wenn man zusätzliche Gesamtschulplätze schafft, so bedeutet das, dass die Mehrheit der zusätzlichen Fünftklässler an Gesamtschulen von den Hauptschulen abgezogen würde, so dass die Hauptschulquote in diesen Ländern noch weiter sinkt. Auf diesem Weg würde die Hauptschule über kurz oder lang nicht weiter bestehen, so dass dann neben den Gymnasien Realschulen und Gesamtschulen oder eine daraus fusionierte Schule entstünde – und damit ein zweigliedriges Schulsystem. Zumal der Ausbau der Gesamtschulen das Gymnasium dadurch entlasten würde, dass mit der Gesamtschule den Verdichtungskritikern im Gymnasium eine echte Alternative geboten würde.

Die Erfahrung Hamburgs seit den 80er Jahren legt eine weitere Schlussfolgerung nahe. Dort konnten lange Zeit neue Gesamtschulen errichtet werden, sofern hinreichend viele Eltern dies für ihre Kinder wünschten. Dennoch konnten in der Hansestadt über die Jahrzehnte hinweg nicht mehr als etwa 30% eines Jahrgangs für die Gesamtschule gewonnen werden. Demgegenüber sind die Übergangsquoten zu den Gymnasien im städtischen Durchschnitt Hamburgs inzwischen auf etwa 50% der Grundschulabsolventen angestiegen. In Ballungsgebieten, so darf gesichert angenommen werden, wird die Gesamtschule auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, das Gymnasium zu verdrängen.

### **3.2 DAS ZWEIFLIEDRIGKEITSMODELL**

In den vergangenen Jahren ist die strukturelle Gestalt der allgemein bildenden Sekundarschulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland – im Westen des Landes sicher auch in Reaktion auf die beschriebenen Grenzen der Gesamtschulenausweitung – in Bewegung geraten: Während sich in den neuen Ländern – mit länderspezifischen Zwischenschritten – aus der Polytechnischen Oberschule ein gegliedertes Sekundarschulwesen entwickelt hat, das aus Gymnasien und einer weiteren Sekundarschule (mit unterschiedlichen Bezeichnungen wie Regel-, Mittel-, Sekundar- bzw. Oberschule oder Regionale Schule), aus weiterhin separierenden Förderschulen sowie zumeist nur vereinzelt angebotenen Gesamtschulen besteht, haben einzelne der alten Länder begonnen, ihr gegliedertes Sekundarschulwesen stärker zusammenzufassen. Neben den Gymnasien wird dort ebenfalls eine zweite Sekundarschule (als Gemeinschaftsschule, als Stadtteilschule, als Sekundarschule, als Realschule plus oder auch als Regionale Schule) angeboten, auch hier ergänzt um Gesamt- und Förderschulen. Insgesamt hat sich damit in elf der sechzehn Länder – zum Teil geplant (wie in Hamburg und Berlin), zum Teil gesetzlich verpflichtend gemacht und in der Realisierung befindlich (wie in Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein), zum Teil realisiert (wie im Saarland und in fünf neuen Ländern) – der Tendenz nach eine (neben den fortbestehenden Förderschulen) zweigliedrige Struktur des allgemein bildenden Sekundarschulwesens durchgesetzt. In weiteren Ländern wird eine solche Struktur intensiv diskutiert. Die auf diese Weise sich entwickelnde Sekundarschulstruktur schließt in der Mehrheit der Länder an die vierte Klasse der Grundschule an; lediglich in Berlin und Brandenburg und zukünftig in Hamburg wechselt die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler erst nach der sechsten Klasse

der Grundschule in eine der weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs.

Gekennzeichnet ist die Entwicklung zur Zweigliedrigkeit im Kern durch vier sich ergänzende Argumentationsstränge:

- Zum Ersten wird darauf verwiesen, dass die demographische Entwicklung insbesondere im Gebiet der neuen Länder, abgeschwächt aber auch in dem der alten Länder (nicht aber in Berlin und Hamburg), einem vielfach gegliederten Schulwesen die Basis entzieht. Schulstandorte der Sekundarschulen sind infolge zurückgehender Übergangszahlen aus den Grundschulen vielerorts gefährdet.
- Zum Zweiten wird angeführt, dass diese Entwicklung in den Ländern, in denen es Hauptschulen gibt, für diese besonders ins Gewicht fällt, denn die demographisch bedingte Reduktion der Übergangszahlen geht einher mit einer zunehmenden Abwendung von der Hauptschule.
- Zum Dritten zielt – durch die Befunde der PISA-Studien gestützt – die Argumentation darauf, dass in der Hauptschule in dem Maße, in dem die Übergangsquoten in diese Schule gesunken sind, eine Schülergruppe gemeinsam lernt, die sich beim schulischen Lernen – bedingt durch ihren sozialen und ethnischen Hintergrund – schwer tut. Das anregungsärmere Entwicklungsmilieu dieser Schulart führt, unbeschadet des hohen pädagogischen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer dieser Schulform, immer mehr dazu, dass sich die Schülerinnen und Schüler dieser Schule weniger günstig entwickeln als sie es täten, wenn sie in einem anregungsreicheren Milieu lernen könnten.
- Zum Vierten schließlich wird darauf verwiesen, dass die Annahme, eine große Mehrheit der Gymnasialanhänger könne in absehbarer Zeit für ein gesamtschulartiges Schulsystem gewonnen werden, durch bisherige Erfahrungen nicht gestützt wird.

Betrachtet man die Schullandschaft in den Ländern, deren Struktur unter der Überschrift ‚Zweigliedrigkeit‘ beschrieben wird, so zeigt sich, dass unter diesem Begriff sehr unterschiedliche Ausprägungen zu finden sind. Unterschiede sind insbesondere in den folgenden Aspekten zu beobachten:

**Zugangsregelungen:** Ohne auf die Vielfalt der bundesweit anzutreffenden Regelungen für den Übergang aus der Grundschule in die Schulen ‚zweigliedriger‘ Systeme im Einzelnen einzugehen, lassen sich doch drei Grundtypen beobachten:

- In der Mehrheit der Länder, so etwa exemplarisch in Thüringen, wird der Wechsel zu den Gymnasien bzw. zu den Regelschulen von einem in der Grundschule erreichten Notendurchschnitt (in Mathematik, Deutsch sowie Heimat- und Sachkunde am Ende des ersten Schulhalbjahres der Klassenstufe 4: jeweils mindestens 2,0) abhängig gemacht. Kinder, die den für die Gymnasien erreichten Durchschnittswert nicht erreichen und gleichwohl ein Gymnasium besuchen wollen, müssen an einer Aufnahmeprüfung in Form eines dreitägigen Probeunterrichts mit jeweils vier Unterrichtsstunden erfolgreich teilnehmen.
- Von diesem notengebundenen Verfahren abweichend verfährt Schleswig-Holstein so, dass die abgebende Grundschule eine Empfehlung ausspricht: und zwar für die Haupt- bzw. Realschule (also für zwei Schularten, die es nicht mehr gibt) oder das Gymnasium. Wenn ein Kind eine Hauptschuleempfehlung erhält, bleibt ihm der Weg zum Gymnasium verschlossen, erhält es eine Realschuleempfehlung und soll

zum Gymnasium angemeldet werden, muss es sich einem Aufnahmegespräch stellen, bei einer Empfehlung zum Gymnasium kann es diese Schulart besuchen.

- Eine dritte Variante findet sich in Bremen: Dort erhalten die Kinder im Verlauf des vierten Schuljahres eine Laufbahnempfehlung entweder für die Sekundarschule und die Gesamtschule oder für das Gymnasium und die Gesamtschule. Diese Empfehlung wird in individuellen Gesprächen mit den Erziehungsberechtigten beraten. Erziehungsberechtigte können sich über diese Empfehlung hinwegsetzen, wenn sie an dem Beratungsgespräch teilgenommen haben. Bindend ist die Laufbahnempfehlung nur für die Kinder, deren Erziehungsberechtigte an dem Beratungsgespräch nicht teilgenommen haben.

**Leistungsdifferenzierung:** Ähnlich wie bei den Zugangsregelungen finden sich im Bereich der Leistungsdifferenzierung in den Ländern mit zweigliedrigen Systemen unterschiedliche Ausgestaltungen:

- In Sachsen findet sich in der ‚Mittelschule‘ als der Schule, die neben dem Gymnasium das zweite Glied in der zweigliedrigen Sekundarschulstruktur bildet und die wie das Gymnasium nach Klasse 4 der Grundschule beginnt, nach der Klasse 6 eine leistungsorientierte Aufteilung der Jugendlichen in Klassen mit abschlussbezogenem Unterricht, also einerseits in einen Hauptschulbildungsgang und andererseits in einen Realschulbildungsgang. Der abschlussbezogene Unterricht muss in den Fächern Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache, Physik und Chemie erfolgen, in den weiteren Fächern kann von einer ‚äußeren Differenzierung‘ abgesehen werden. Andere Länder sind in der Ausgestaltung der Jahrgangsstufen 7 bis 10 flexibel – sie erlauben die Integration bis Klasse 8 oder 9.
- Anders verfährt Schleswig-Holstein: Der Unterricht in der Gemeinschaftsschule erfolgt grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam; unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten soll vor allem durch binnendifferenzierenden Unterricht entsprochen werden. Die Planung in Hamburg sieht Ähnliches vor.

**Anschlüsse an die allgemein bildenden Bildungsgänge der Sekundarstufe II:** Auch bei den Anschlüssen an allgemein bildende Bildungsgänge der Sekundarstufe II variieren die Möglichkeiten zwischen den Ländern mit einer im Prinzip zweigliedrigen Schulstruktur:

- Für Sachsen gilt, dass in den Mittelschulen des Landes ein Hauptschulabschluss, ein qualifizierter Hauptschulabschluss und ein Realschulabschluss erworben werden kann. Die Mittelschulen Sachsens führen keine gymnasialen Oberstufen.
- Anders in Schleswig-Holstein: Dort erhalten Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen, die bei der Prüfung zum Erwerb des mittleren Schulabschlusses einen festgesetzten Notendurchschnitt erreichen, die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe. Gemeinschaftsschulen können eigene gymnasiale Oberstufen führen.
- In Hamburg ist geplant, das Gymnasium – nach Einführung der Primarschule mit den Jahrgangsstufen 1 bis 6 – bis zum Abitur am Ende der Jahrgangsstufe 12, die Stadtteilschule mit zugehöriger gymnasialer Oberstufe (einschließlich der berufsbildenden Oberstufen, die zum Abitur führen können) bis zum Abitur am Ende von Jahrgangsstufe 13 zu führen.

### Einbeziehung weiterer Schularten:

- Während in einem Teil der Länder mit einer zweigliedrigen Schulstruktur neben dem Gymnasium und der zweiten Schulart noch Gesamtschulen fortbestehen (so etwa im Saarland), schreibt das Schulgesetz Schleswig-Holsteins vor, dass vom Schuljahr 2010/11 an alle bestehenden Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen werden. In Hamburg sollen alle Schularten mit Ausnahme der Gymnasien und einstweilen der Förderschulen in der zweiten Schulart, der Stadtteilschule, zusammengefasst werden.
- In keinem Land der Bundesrepublik ist derzeit – unbeschadet unterschiedlicher Inklusionsquoten – eine Einbeziehung der Förderschulen in die beiden Schularten des zweigliedrigen Schulsystems verbindlich vorgesehen. Im Bundesdurchschnitt wurden 2006/07 etwa 16% aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf integriert unterrichtet, in Berlin und Bremen, den Spitzenreitern im Bereich der Inklusion, waren dies 34% bzw. 45%. Der 2009 vollzogene Beitritt Deutschlands zur UNO-Convention on the Rights of Persons with Disabilities lässt erwarten, dass der von dieser Konvention ausgehende Inklusionsdruck diese Quoten steigern wird.

Dieses so ausgestaltete Zweigliedrigkeitsmodell wird von vielen seiner Vertreter – so wie diejenigen, die auf den zuvor beschriebenen Weg der Ausweitung von Gesamtschulangeboten setzen, darin langfristig den geeigneten Weg zur ‚Einen Schule‘ sehen – als Zwischenschritt auf dem Weg zur ‚Einen Schule‘ proklamiert.

Dieser Perspektive steht entgegen, dass das Zweigliedrigkeitsmodell, indem es den Strukturdruck, der von der immer weniger überlebenschfähigen Hauptschule ausgeht, auflösen wird, dadurch einstweilen das Gymnasium stabilisieren kann.

Auch wenn derartige Ergebnisse vermuten lassen, Schulstrukturfragen stünden nicht länger unter Ideologieverdacht, bleibt festzustellen, dass keine Parteienkonstellation, die in einem der Bundesländer in Regierungsverantwortung steht, Anstalten gemacht hat oder macht, das gegliederte Schulsystem unter Einschluss des Gymnasiums durch eine Schule, in der Kinder bis zum Ende der zehnten Klasse gemeinsam lernen, abzulösen. Da, wo – wie in Berlin mit dem Gemeinschaftsschulmodellversuch oder wie in Schleswig-Holstein mit der Gemeinschaftsschule – den Gymnasien die Beteiligung an Schulen gemeinsamer Erziehung eröffnet wurde, haben sich Gymnasien (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) daran zumindest bisher nicht beteiligt.

Die Wahrheit ist wahrscheinlich: Deutschland hat den Zeitpunkt der Durchsetzbarkeit einer Integrationspolitik einstweilen verpasst. Der Erhalt des gegliederten Schulsystems bzw. – in den neuen Ländern – die Wiedereinführung einer gegliederten Sekundarschulstruktur hat dazu geführt, dass immer mehr Eltern, die für ihre Kinder den ‚Aufstieg durch Bildung‘ suchten, im Gymnasium die Schule ihrer Wahl sahen und weiter sehen. Die darauf gegründete Bildungsexpansion hat auf diese Weise in Deutschland ein Widerstandspotenzial gegen die Aufhebung von Gymnasien erwachsen lassen, das andere europäische Länder in den sechziger und siebziger Jahren – also vor der Bildungsexpansion – bei ihrer Integration unterschiedlich anspruchsvoller Sekundarschulen noch nicht antrafen. Wer, zumal in den städtischen Ballungsgebieten mit Gymnasialquoten von tendenziell 50 Prozent, Gymnasien in Frage stellt, hat eine entsprechend große Gegnerschaft zu erwarten.

Deutlich ist: Beide Wege führen sicherlich nicht zwangsläufig zu der ‚Einen Schule‘. Das kann und darf jedoch nicht zu Untätigkeit und zur Verurteilung des Zweigliedrigkeitsmodells verleiten: Das Fortschreiten auf dem bisher verfolgten Weg würde dazu führen, dass die Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen und in den Förderschulen immer mehr auf ein anspruchssarmes Lernmilieu verwiesen blieben, in dem sie in ihren Lernmöglichkeiten weiter ausgebremst würden. An Stelle dieses Weges muss daher eine Schulpolitik treten, die das Zweigliedrigkeitsmodell offensiv vertritt und ihm eine Perspektive – bis hin zur ‚Einen Schule für alle‘ – eröffnet. Das Netzwerk Bildung fordert, alles zu unternehmen, das dazu geeignet ist, die neue Schulform in ihrer pädagogischen Qualität und auch in ihrer Ausstattung mit personellen und sächlichen Ressourcen dem Gymnasium zumindest gleich zu stellen. Dazu muss diese Schule durch die folgenden zentralen Merkmale gekennzeichnet sein:

- Die Arbeit in der Sekundarstufe I ist auf alle allgemein bildenden Schulabschlüsse, auch den der allgemeinen Hochschulreife, ausgerichtet.
- Die vorherrschende Differenzierungsform ist die der inneren Differenzierung, abschlussbezogene Klassen werden frühestens ab Jahrgangsstufe 9 gebildet.
- Die Schulen haben bei der pädagogischen Gestaltung ihrer Arbeit große Freiheiten.
- Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien und mit Migrationsgeschichte werden besonders gefördert. Die dazu erforderlichen – im Vergleich zum Gymnasium – kleineren Lerngruppen werden gesichert.
- Die Gymnasien können ihre schwächeren Schülerinnen und Schüler nicht länger an andere Schulen, also auch nicht an diese neue Schule, ‚abschieben‘.
- Die neuen Schulen werden als gebundene Ganztagschulen geführt.
- Alle Schulen dieses Typs haben entweder eine eigene Oberstufe oder eine nicht gymnasiale Kooperationsschule, in denen ihre Schülerinnen und Schüler nach insgesamt 13 Schuljahrgängen die allgemeine Hochschulreife erreichen können.
- Die neue Schule wird durch eine intensive Lehrerfortbildung, durch eine den Regelungen der Gymnasien entsprechende Schulleitung sowie durch Beförderungsmöglichkeiten, wie sie an Gymnasien bestehen, in ihrer Entwicklung unterstützt.

Wenn auf diese Weise neben den Gymnasien Schulen entstehen, die ihren Schülerinnen und Schülern alle Perspektiven, auch die der Gymnasien, ohne Umwege eröffnen, wird sich die Frage nach der ‚richtigen‘ Schulstruktur irgendwann vielleicht erledigt haben.

## LITERATUR

Baumert, J. u.a. (Hrsg.): PISA 2000 – Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2003.

Baumert, J. u.a.: Schulkomposition oder Institution – was zählt? Schulstrukturen und die Entstehung schulforspezifischer Entwicklungsverläufe. In: Die Deutsche Schule 1/2009, S. 33-46.

Prenzel, M. u.a. (Hrsg.): PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster 2007.

Zentrum für empirische pädagogische Forschung der Universität Koblenz-Landau: Bildungsbarometer zum Thema Schulstruktur 4/2008. Ergebnisse, Bewertungen und Perspektiven. S. 37; unter [http://www.vep-landau.de/Bildungsbarometer/Bildungsbarometer\\_2008\\_4.pdf](http://www.vep-landau.de/Bildungsbarometer/Bildungsbarometer_2008_4.pdf).

# DIE SCHULSTRUKTUREN IN DEN BUNDESLÄNDERN – EIN ÜBERBLICK ÜBER STATUS QUO UND PERSPEKTIVEN STAND: JULI 2009

Valerie Lange

## BAYERN

### DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CSU/FDP
Kultusminister	Ludwig Spaenle (CSU)
Schüler in der Sekundarstufe I	886.051
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	1696, davon 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe 1059 Hauptschulen 294 Realschulen 340 Gymnasien 2 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	282, davon 88 Hauptschulen 129 Realschulen 65 Gymnasien
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	32,4 % Hauptschulen 32,2 % Realschulen 30,7 % Gymnasien 0,2 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

In Bayern werden von der CSU/FDP-Regierung keine umfassenden Maßnahmen zur Umstrukturierung des Schulsystems vorgesehen. In Modellversuchen soll allerdings die Kooperation von Haupt- und Realschulen ermöglicht werden.

### PROGRAMM DER SPD BAYERN:

Die bayrische SPD will das dreigliedrige Schulsystem mittelfristig ablösen, um längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Ziel ist die Entwicklung von regionalen Schulkonzepten. Das bedeutet, dass vor Ort entschieden werden soll, ob etwa aus demographischen Gründen mehrere Schulformen zusammengefasst werden. So will der Landesverband Bayern das bayrische Schulsystem flexibel gestalten. Integrative Schulformen sollen als Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem gefördert werden.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/FDP
Kultusminister	Helmut Rau (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	762.659
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	1969, davon 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe 1191 Hauptschulen 427 Realschulen 347 Gymnasien 3 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	177, davon 34 Hauptschulen 50 Realschulen 93 Gymnasien
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	28,8 % Hauptschulen 34,9 % Realschulen 30,9 % Gymnasien 0,5 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Die CDU/FDP-Regierung hält am klassischen gegliederten Schulsystem mit Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und wenigen Integrierten Gesamtschulen fest. Ab dem Schuljahr 2010/11 soll eine Werkrealschule als Ersatz für die bestehenden zweizügigen Hauptschulen eingeführt werden. Hier ist der Erwerb eines Hauptschulabschlusses möglich, bei einem Notendurchschnitt von mindestens 3,0 kann die 10. Klasse besucht und dann der Realschulabschluss erlangt werden. Bislang wird das freiwillig zu besuchende 10. Schuljahr an Hauptschulen als *Werkrealschule* bezeichnet. Es kann also in Baden-Württemberg nicht von einer Abschaffung der Hauptschule gesprochen werden.

### PROGRAMM DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG:

Der Landesverband der SPD Baden-Württemberg will schrittweise eine 10-jährige gemeinsame Schule für alle durchsetzen. „Wer bei rückläufigen Schülerzahlen die Schule im Ort halten will, der darf die wenigen Schüler nicht länger auf drei weiterführende Schularten verteilen, sondern muss sie länger gemeinsam lernen lassen. Dieser Weg sichert die Schulen – auch im ländlichen Bereich“, so die Argumentation des Landesverbands. Das Konzept sieht als ersten Schritt vor, dass kommunale Schulentwicklungskonzepte, die Kinder länger gemeinsam lernen lassen und sie besser individuell fördern, einen Anspruch auf Genehmigung erhalten. Dies kann die 6-jährige Grundschule, das integrierte Realschulangebot an einer Hauptschule oder die 10-jährige *Gemeinschaftsschule* sein. Auf Wunsch soll an der Gemeinschaftsschule ein gymnasialer Zweig integriert werden können.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK \*

Regierung	SPD/Die Linke
Bildungssenator	Jürgen Zöllner (SPD)
Schüler in der Sekundarstufe I <sup>1</sup>	200.322
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	633, davon 54 Hauptschulen 62 Realschulen 96 Gymnasien 47 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	77, davon 2 Hauptschulen 12 Realschulen 15 Gymnasien 5 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	10,8 % Hauptschulen 18,8 % Realschulen 37,1 % Gymnasien 28,4 % Integrierte Gesamtschulen

<sup>1</sup> In Berlin beginnt die Sekundarstufe I, von den grundständigen Gymnasien abgesehen, erst ab Klasse 7. In den Daten sind die fünften und sechsten Klassen der Grundschulen somit nicht enthalten.

## REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Der Senat hat im Februar 2009 der von Bildungssenator Zöllner vorgeschlagenen *Weiterentwicklung der Schulstruktur* zugestimmt. Die sechsjährige Grundschule bleibt bestehen. Ab dem Schuljahr 2010/2011 soll es in Berlin ab der siebten Klasse nur noch zwei gleichwertige Schularten geben: Das Gymnasium und die *integrative Sekundarschule*, in der die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengeführt werden. In der Sekundarschule werden im gebundenen Ganztagsbetrieb alle Abschlüsse bis zum Abitur angeboten, das Abitur ist hier nach zwölf oder dreizehn Jahren möglich. Über das Differenzierungskonzept der Sekundarschule entscheidet die Schulkonferenz, eine abschlussbezogene Differenzierung ist allerdings ausgeschlossen. Das Gymnasium bleibt als eigenständige Schulform erhalten, eine Möglichkeit des „Abschulens“ wegen schlechter Leistungen auf die Sekundarschule ist nicht vorgesehen. Die Wiederholung von Klassenstufen wird auf Ausnahmefälle im Rahmen von Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen begrenzt.

## PROGRAMM DER CDU BERLIN:

Der Landesverband der CDU spricht sich gegen diese Schulreform aus und hat ein eigenes Konzept entwickelt. Dabei soll die Dreigliedrigkeit bestehen bleiben, die einzelnen Schulformen jedoch besser miteinander kooperieren und vernetzt werden. Der Übergang in das Gymnasium soll nach einer Aufnahmeprüfung entweder nach der vierten oder der sechsten Klasse erfolgen, eine „Herabstufung“ vom Gymnasium auf andere Bildungsgänge soll dann nicht mehr möglich sein. Die bestehenden Hauptschulen sollen in *Praktische Bildungsgänge* umgewandelt werden, die Realschulen in *Mittlere Bildungsgänge*. In allen Bildungsgängen soll vermehrt individuell gefördert und durch regelmäßige Kooperationstreffen der mit-einander vernetzten Schulen die Durchlässigkeit erhöht werden.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/SPD (Stand Juli 2009)
Kultusminister	Holger Rupprecht (SPD)
Schüler in der Sekundarstufe I <sup>1</sup>	131.569
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	806, davon 116 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 45 Realschulen 82 Gymnasien 118 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	82, davon 15 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 7 Realschulen 19 Gymnasien 5 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	38,5 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 37,6 % Gymnasien 16,1 % Integrierte Gesamtschulen

<sup>1</sup> In Brandenburg beginnt die Sekundarstufe I, von den Leistungs- und Begabungsklassen, die seit dem Schuljahr 2007/08 an einigen Gymnasien angeboten werden abgesehen, erst ab Klasse 7. In den angegebenen Daten sind die fünften und sechsten Klassen der Grundschulen somit nicht enthalten.

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Die CDU/SPD-Regierung sieht derzeit keine Veränderungen in der Schulstruktur vor. Wie in Berlin gibt es in Brandenburg eine sechsjährige Grundschule. Zum Schuljahr 2005/2006 wurde mit der Zusammenlegung von Realschulen und Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe die *Oberschule* (in der obigen Statistik als „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ angegeben) eingeführt, an der die Fachoberschulreife und die (erweiterte) Berufsbildungsreife erlangt werden kann. Bei Vorliegen besonderer Leistungen können Schülerinnen und Schüler, die die Oberschule abgeschlossen haben, anschließend in eine gymnasiale Oberstufe wechseln. Die innere Organisation der Oberschule können die Schulen selbständig wählen. Eigenständige Hauptschulbildungsgänge gibt es in Brandenburg nicht.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

# GESTALTUNGSMERKMALE DER SCHULARTEN DER SEKUNDA – AUSSER GYMNASIEN UND GESAMTSCHULEN

Bundesland		wird voraussichtlich eingeführt ab:	besteht bereits	umfasst die Klassenstufen	mögliche Abschlüsse*	
					Hauptschulabschluss	Mittlerer Schulabschluss
<b>BADEN-WÜRTTEMBERG</b>	Werkrealschule	2010		5-9/10	X	X
<b>BAYERN</b>						
<b>BERLIN</b>	Sekundarschule	2010		7-12/13	X	X
<b>BRANDENBURG</b>	Oberschule		X	7-10	X	X
<b>BREMEN</b>	Oberschule	2010/2011		5-13	X	X
<b>HAMBURG</b>	Stadtteilschule	2010		7-13	X	X
<b>HESSEN</b>						
<b>MECKLENBURG-VORPOMMERN</b>	Regionale Schule		X	5-9/10	X	X
<b>NIEDERSACHSEN</b>	–					
<b>NORDRHEIN-WESTFALEN</b>	Verbundschulen		X	5-13	X	X
<b>RHEINLAND-PFALZ</b>	Realschule plus	2009		5-9/10	X	X
<b>SAARLAND</b>	Erweiterte Realschule		X	5-9/10	X	X
<b>SACHSEN</b>	Mittelschule		X	5-9/10	X	X
<b>SACHSEN-ANHALT</b>	Sekundarschule		X	5-9/10	X	X
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN</b>	Regionalschule		X	5-9/10	X	X
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN</b>	Gemeinschaftsschule		X	5-13	X	X
<b>THÜRINGEN</b>	Regelschule		X	5-9/10	X	X

\*Die Abschlüsse haben in den Ländern unterschiedliche Bezeichnungen, hier wird die KMK-Terminologie verwendet.

# RSTUFE I

Abitur	Unterricht erfolgt			eigenständige weitere Schulformen nach Abschluss der Umstrukturierungen				
	integriert	nach Bildungsgängen differenziert	optional binnen- oder fachleistungsdifferenziert	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium	Andere
				X	X	X	X	
				X	X	X	X	
X			X				X	Gemeinschaftsschule
			X			X	X	
X			X				X	
X			X				X	
				X	X	X	X	
		X				X	X	
				X	X	X	X	
X		ab Kl. 7		X	X	X	X	
			X			X	X	
		ab Kl. 7				X	X	
		ab Kl. 7					X	
		ab Kl. 7				X	X	
		ab Kl. 7					X	Gemeinschaftsschule
X	X						X	Regionalschule
			X			X	X	

**DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\***

Regierung	SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Bildungssenatorin	Renate Jürgens-Pieper (SPD)
Schüler in der Sekundarstufe I	43.582
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	155, davon 33 Hauptschulen (Klassenstufen 9-10) 32 Schulen mit mehreren Bildungsgängen (Klassenstufe 5-8) 33 Realschulen (Klassenstufe 9-10) 41 Gymnasien 16 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	17, davon 2 Hauptschulen 3 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 2 Realschulen 7 Gymnasien 3 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	0,6 % Hauptschulen 29,1 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 35,4 % Gymnasien 27,4 % Integrierte Gesamtschulen

**REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:**

Mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 wird das allgemeinbildende Schulsystem in Bremen nach Beendigung der vierjährigen Grundschule auf zwei gleichwertige Schularten konzentriert, die *Oberschule* und das Gymnasium. Das beschloss die Bremische Bürgerschaft im Juni 2009, das neue Schulgesetz hat ab August 2009 Gültigkeit. In der neuen Oberschule sollen alle Abschlüsse erreicht werden können. Das Abitur ist hier sowohl nach neun als auch nach acht Jahren möglich. In der Oberschule soll integrativ gearbeitet und nach KMK-Vorgaben differenziert werden. Die 8 durchgängigen Gymnasien in der Stadtgemeinde Bremen erhalten Bestandsschutz und bieten das Abitur nach 8 Jahren an. Der Zugang an ein Gymnasium ist bei Überanwahl an ein Leistungskriterium gebunden.

**PROGRAMM DER CDU BREMEN:**

Der Vorsitzende der Bremer CDU unterzeichnete Ende 2008 ebenso wie die Vorsitzenden von SPD, Grünen und FDP den *Bremer Konsens zum Schulentwicklungsplan*, in dem die oben skizzierte Einführung einer Oberschule neben dem Gymnasium festgehalten wird. Diese Vereinbarung soll, unabhängig von der jeweiligen Regierung, zehn Jahre, also von 2009 bis 2019, gültig sein.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/Bündnis 90/Die Grünen
Bildungsministerin	Christa Goetsch (Bündnis 90/Die Grünen)
Schüler in der Sekundarstufe I	111.913
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	268, davon 4 schulartunabhängige Orientierungsstufen 100 Hauptschulen 13 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 45 Realschulen 70 Gymnasien 36 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	43, davon 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe 20 Hauptschulen 12 Realschulen 8 Gymnasien 2 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	8,8 % Hauptschulen 4,4 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 12,4 % Realschulen 39,0 % Gymnasien 27,9 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Mit dem Schuljahr 2010/2011 soll es in Hamburg ein zweigliedriges Schulsystem geben, die Grundschule – dann Primarschule – soll von jetzt vier auf sechs Jahre verlängert werden. Neben dem Gymnasium wird mit der *Stadtteilschule* eine neue Schulform eingerichtet. In den neuen Stadtteilschulen werden die noch bestehenden Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie die beruflichen Gymnasien und Aufbaugymnasien zusammengefasst. Hier können alle Abschlüsse erworben werden, das Abitur ist, anders als bei den Gymnasien, nach 13 Jahren möglich. In den Stadtteilschulen ist äußere Leistungsdifferenzierung nur dann vorgeschrieben, wenn die KMK-Bestimmungen dies verlangen. Sie kann aber von den Schulen eigenverantwortlich vorgenommen werden, wenn damit eine individuellere Förderung der Schüler erreicht werden soll.

### PROGRAMM DER SPD HAMBURG:

Die Hamburger SPD begrüßt im Wesentlichen die von CDU und Grünen eingeleiteten Umstrukturierungen des Schulsystems. Auch die SPD sieht nicht vor, in einem weiteren Schritt die Hamburger Gymnasien abzuschaffen und ein eingliedriges System einzuführen. Gymnasien sollen sich jedoch auf Wunsch an die Stadtteilschulen anschließen können. Langfristig soll so gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse möglich werden.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/FDP
Kultusministerin	Dorothea Henzler (FDP)
Schüler in der Sekundarstufe I	415.826
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	1057, davon 144 schulartunabhängige Orientierungsstufen <sup>1</sup> 298 Hauptschulen 276 Realschulen 256 Gymnasien 83 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	81, davon 13 schulartunabhängige Orientierungsstufen <sup>1</sup> 2 Hauptschulen 20 Realschulen 38 Gymnasien 8 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	14,0 % Hauptschulen 25,9 % Realschulen 38,2 % Gymnasien 16,2 % Integrierte Gesamtschulen

<sup>1</sup> In Hessen werden die 5. und 6. Klassen an kooperativen Gesamtschulen und an „sonstigen verbundenen Schulen“ als Förderstufen ausgewiesen, in obiger Statistik als „schulartunabhängige Orientierungsstufe“ geführt.

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Die CDU/FDP-Regierung sieht im Bereich der Schulstruktur keine grundlegenden Veränderungen vor. Schulen, die Haupt- und Realschulbildungsgänge anbieten, wird die innere Organisation jedoch zukünftig freigestellt. Die Schulen sollen also frei entscheiden können, ob sie ab der fünften Klasse in Haupt- und Realschulzweige trennen, oder ob sie alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichten wollen.

### PROGRAMM DER SPD HESSEN:

Die Landtagswahlkämpfe 2008/2009 bestritt die hessische SPD mit der bildungspolitischen Zielsetzung, eine *Mittelschule* für alle Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse zu ermöglichen. Diese Veränderung der Schulstruktur sollte jedoch nicht „von oben“ verordnet werden, vielmehr sollten Gymnasien, Haupt-, Real- und Gesamtschulen dazu ermutigt werden, sich zusammenzuschließen und so die Voraussetzungen für längeres gemeinsames Lernen schaffen.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	SPD/CDU
Kultusminister	Henry Tesch (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	77.575
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	248, davon 160 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 11 Realschulen 67 Gymnasien 10 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	43, davon 26 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 8 Gymnasien 9 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	41,9 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 2,8 % Realschulen 38,3 % Gymnasien 6,4 % Integrierte Gesamtschulen

## WICHTIGE SCHULSTRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN DER LETZTEN JAHRE:

2002 wurde in Mecklenburg-Vorpommern von der damaligen Regierungskoalition aus SPD und PDS die *Regionale Schule* eingerichtet (in der obigen Statistik als „Schule mit mehreren Bildungsgängen“ ausgewiesen). In dieser Schulform wurden die zuvor bestehenden Haupt- und Realschulen zusammengeführt, hauptsächlich geschah dies aus demografischen Gründen. Die Regionale Schule versteht sich als berufsvorbereitend und sieht eine äußere Fachleistungsdifferenzierung vor. Nach der neunten Klasse kann der Hauptschulabschluss, nach der zehnten Klasse die Mittlere Reife sowie eine Übergangsberechtigung auf die gymnasiale Oberstufe erworben werden. Eine gymnasiale Oberstufe ist nicht an die Regionalen Schulen angeschlossen. Eine Besonderheit in Mecklenburg-Vorpommern ist, dass auch die Gesamtschulen den Erwerb der Hochschulreife schon nach zwölf Jahren vorsehen.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/FDP
Kultusministerin	Elisabeth Heister-Neumann (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	591.545
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	1252, davon 497 Hauptschulen 472 Realschulen 255 Gymnasien 28 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	84, davon 20 Hauptschulen 26 Realschulen 34 Gymnasien 4 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	20,8 % Hauptschulen 34,8 % Realschulen 34,3 % Gymnasien 4,4 % Integrierte Gesamtschulen

### WICHTIGE SCHULSTRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN DER LETZTEN JAHRE:

Die Orientierungsstufe, die in Niedersachsen seit 1973 bestand, wurde 2003 abgeschafft.

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Die CDU/FDP-Regierung hält am klassischen gegliederten Schulsystem mit Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und wenigen Integrierten Gesamtschulen fest. „Nationale und internationale Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass das gegliederte allgemein bildende Schulwesen gegenüber einem Schulwesen mit längerer gemeinsamer Beschulung leistungsmäßig überlegen ist. (...) Nur ein gegliedertes Schulwesen eröffnet den Eltern eine wirklich freie Wahl der Schullaufbahn für ihre Kinder“, so das Konzept *Vorfahrt für Bildung* der niedersächsischen Landesregierung. Das Verbot zur Einrichtung von Gesamtschulen wurde im August 2008 aufgehoben, neue Gesamtschulen dürfen jedoch laut niedersächsischem Schulgesetz nur entstehen, „wenn der Besuch von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt.“ Zugleich müssen Gesamtschulen mindestens fünfzünftig sein. Weiter wollen CDU und FDP auch an Gesamtschulen das Abitur nach 12 Jahren vorgeben.

### PROGRAMM DER SPD NIEDERSACHSEN:

Der SPD-Landesverband setzt sich für die Errichtung von Gesamtschulen ab der 5. Klasse als Regelschule ein. Dies soll allerdings nur in Abstimmung mit dem Elternwillen geschehen. Die von der CDU/FDP-Regierung eingeführten Hürden für die Einrichtung von neuen Gesamtschulen sollen beseitigt und Gesamtschulinitiativen unterstützt werden.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/FDP
Kultusministerin	Barbara Sommer (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	1.381.331
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	1945, davon 712 Hauptschulen 511 Realschulen 520 Gymnasien 202 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	180, davon 8 Hauptschulen 46 Realschulen 110 Gymnasien 16 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	20,5 % Hauptschulen 26,5 % Realschulen 31,8 % Gymnasien 15,3 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Die CDU/FDP-Regierung hält am klassischen gegliederten Schulsystem fest. Allerdings lassen sich hier unterschiedliche Ausrichtungen zwischen den Koalitionsparteien feststellen: Während die CDU sich für eine Stärkung der Hauptschulen und des gegliederten Schulsystems, unter anderem mit der Anfang 2008 gestarteten *Qualitäts-offensive Hauptschule* des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums, ausspricht, forderte die FDP die Einrichtung einer *Regionalen Mittelschule*. Hier sollten Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengefasst werden, um insbesondere in ländlichen Regionen mit sinkenden Schülerzahlen alle Schulformen erhalten zu können. Ende 2008 haben sich die Koalitionspartner auf diesen Vorschlag geeinigt: Seit dem Schuljahr 2009/2010 haben Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, sich – unter sehr eng gefassten Voraussetzungen – mit Real- oder Gesamtschulen zu, so heißt es nun, *Verbundschulen* zusammenzuschließen. Bisher haben sich 13 Schulen zur Einrichtung eines solchen Verbunds entschlossen. Ab der 7. Klasse soll der Unterricht nach Schularten differenziert erfolgen. Die Verbundschulen haben ein gemeinsames Lehrerkollegium und eine gemeinsame Schulleitung.

### PROGRAMM DER SPD NORDRHEIN-WESTFALEN:

Mit dem Programm *Die beste Bildung für alle* bestreitet der SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen den Landtagswahlkampf 2010. Hier wird die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 gefordert, die flächendeckend und verbindlich eingeführt werden soll. In der fünften und sechsten Klasse sollen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden, ab Klasse 7 sollen Schule, Schulträger und Eltern gemeinsam entscheiden können, ob der Unterricht integriert weitergeführt wird, oder ob in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen differenziert werden soll.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK \*

Regierung	SPD
Kultusministerin	Doris Ahnen (SPD)
Schüler in der Sekundarstufe I	294.526
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	501, davon 164 Hauptschulen 97 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 104 Realschulen 117 Gymnasien 19 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	49, davon 12 Hauptschulen 13 Realschulen 24 Gymnasien
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	16,6 % Hauptschulen 16,1 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 24,1 % Realschulen 33,2 % Gymnasien 5,0 % Integrierte Gesamtschulen

## WICHTIGE SCHULSTRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN DER LETZTEN JAHRE:

Seit 1997 gibt es in Rheinland-Pfalz die *Regionale Schule*, seit 2006 die *Duale Oberschule* (in der obigen Statistik als „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ ausgewiesen). Beide Schulformen fassen Haupt- und Realschulbildungsgänge zusammen und existieren neben den selbstständigen Haupt- und Realschulen. Während in den Regionalen Schulen integriert und binnendifferenziert unterrichtet wird, wird in der Dualen Oberschule ab Klasse 7 in ein Haupt- und ein Realschulprofil unterteilt.

## REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Ab dem Schuljahr 2013/14 wird es in Rheinland-Pfalz, so der Beschluss des Landtags vom Dezember 2008, keine Hauptschulen mehr geben. In der *Realschule plus* werden bis dahin die bislang bestehenden Sekundarstufenschulen mit Hauptschul- und Realschulbildungsgängen aufgehen. Hier kann dann ein Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife und die Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe erworben werden. Einige der neuen Realschulen plus sollen darüber hinaus an Fachoberschulen angebunden werden und damit auch den Erwerb der Fachhochschulreife ermöglichen. Schulträger, Schule und Schulaufsicht entscheiden gemeinsam, ob eine kooperative Realschule plus eingerichtet wird – hier wird ab Klasse 7 nach Bildungsgängen aufgeteilt –, oder ob eine integrative Schule mit Binnendifferenzierung entsteht.

## PROGRAMM DER CDU RHEINLAND-PFALZ:

Der Landesverband der CDU Rheinland-Pfalz spricht sich gegen die von der Landesregierung beschlossenen Veränderungen in der Schulstruktur aus und setzt sich für eine Stärkung des gegliederten Schulsystems ein.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU (Stand Juli 2009)
Kultusministerin	Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	67.268
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	95, davon 49 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 29 Gymnasien 17 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	12, davon 1 Hauptschule 2 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 3 Realschulen 6 Gymnasien
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	0,3 % Hauptschulen 41,1 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 2,0 % Realschulen 32,5 % Gymnasien 17,6 % Integrierte Gesamtschulen

### WICHTIGE SCHULSTRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN DER LETZTEN JAHRE:

Im Saarland sind seit 1996 in der *Erweiterten Realschule* Haupt- und Realschulen zusammengefasst (in der obigen Statistik als „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ ausgewiesen). Die Einführung dieser Schulart wurde von der damaligen SPD-Regierung mit Unterstützung der oppositionellen CDU beschlossen. Hier werden die Schüler in der fünften und sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet und ab der siebten Klasse auf Real- und Hauptschulzweige aufgeteilt. An den Gesamtschulen wird der Unterricht hingegen verstärkt integriert geführt. Sowohl an die Gesamtschulen als auch an die Erweiterten Realschulen kann eine gymnasiale Oberstufe anschließen.

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Weitere Veränderungen der Schulstruktur sind von der CDU-geführten Landesregierung nicht vorgesehen. Die Kooperationen von Gesamtschulen und Erweiterten Realschulen mit gymnasialen Oberstufen sollen jedoch in Schulverbänden verstärkt werden.

### PROGRAMM DER SPD SAARLAND:

Der Landesverband der SPD Saarland sieht vor, die Gesamtschulen zu stärken und weiter auszubauen sowie die Durchlässigkeit der Bildungsgänge in der Erweiterten Realschule zu erhöhen. Grundlegende Veränderungen der saarländischen Schulstruktur sind dem Regierungsprogramm der Saar-SPD zur Landtagswahl 2009 zufolge nicht geplant.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/SPD
Kultusminister	Roland Wöller (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	168.099
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	428, davon 308 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 120 Gymnasien
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	60, davon 40 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 20 Gymnasien
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	56,2 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 34,6 % Gymnasien

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Das sächsische Modell der *Mittelschule* (in der obigen Statistik als „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ ausgewiesen) gilt vielen Ländern als Vorbild der Zweigliedrigkeit, weil Sachsen als einziges neues Bundesland neben dem Gymnasium als Regelschule von Beginn an nur diese Schulform einführte. In der Mittelschule werden Schülerinnen und Schüler in der fünften und sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet, ab der siebten Klasse werden sie auf Hauptschul- und Realschulbildungsgänge verteilt. Hier kann der Hauptschul- und Realschulabschluss erworben werden. Die sächsische SPD, Juniorpartner in der großen Koalition, hat Gemeinschaftsschulen als offenen Schulversuch durchgesetzt, an dem sich derzeit 9 Schulen beteiligen. Sie setzt sich für den Ausbau von Gemeinschaftsschulen ein, die in Sachsen nicht zu den Regelschulen gehören. Im Beschluss des Landesparteitags vom 15./16. November 2008 wird außerdem die Festschreibung des gemeinsamen Lernens aller Schüler bis Klasse 8 sowie die Abschaffung der Trennung in Real- und Hauptschulbildungsgang eingefordert.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/SPD
Kultusminister	Jan-Hendrik Olbertz (parteilos)
Schüler in der Sekundarstufe I	101.777
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	249, davon 172 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 74 Gymnasien 3 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	21, davon 10 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 10 Gymnasien 1 Integrierte Gesamtschule
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	50,7 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 35,6 % Gymnasien 2,4 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Derzeit gibt es in Sachsen-Anhalt ein zweigliedriges Schulsystem mit dem Gymnasium und der *Sekundarschule* (in der obigen Statistik als „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ ausgewiesen) sowie wenigen Integrierten Gesamtschulen. In der Sekundarschule ist die Haupt- und Realschule zusammengefasst, ab der siebten Klasse wird nach Bildungsgängen differenziert unterrichtet. Neben dem Haupt- und Realschulabschluss kann die Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe erlangt werden.

Bei der Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems setzen die Parteien der großen Koalition unterschiedliche Akzente. Während die CDU am gegliederten Schulsystem festhält und hier die besten Möglichkeiten für eine begabungsgerechte Förderung aller Schüler sieht, will die SPD, Juniorpartner in der Koalition, eine *Allgemein bildende Oberschule* einführen. In dieser Schule sollen bis zur achten Klasse alle Schüler gemeinsam unterrichtet und auf äußere Differenzierung verzichtet werden. Nach der achten Klasse soll dann entweder ein Wechsel auf das Gymnasium erfolgen, oder der Verbleib auf der *Allgemein bildenden Oberschule*, an der sowohl der Haupt- oder Realschulabschluss als auch die Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe erworben werden kann.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

# SCHLESWIG-HOLSTEIN

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU/SPD (bis zum 22.07.2009)
Kultusministerin	Ute Erdsiek-Rave (SPD) (bis zum 22.07.2009)
Schüler in der Sekundarstufe I	202.540
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	529, davon 239 Hauptschulen 166 Realschulen 103 Gymnasien 21 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	61, davon 42 Hauptschulen 9 Realschulen 5 Gymnasien 5 Integrierte Gesamtschulen
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	26,1 % Hauptschulen 32,5 % Realschulen 29,5 % Gymnasien 6,6 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Eine Umgestaltung des Schulsystems in Schleswig-Holstein wurde im Januar 2007 durch die große Koalition beschlossen. Die Haupt- und Realschulen werden bis zum Schuljahr 2010/11 zu einer neuen *Regionalschule* zusammengefasst, sofern sich die Schulträger nicht für die Bildung einer *Gemeinschaftsschule* entscheiden. In der Regionalschule wird der Unterricht nach Klasse sieben abschlussbezogen differenziert. Hier kann der Haupt- und Realschulabschluss sowie die Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe erworben werden. Dies gilt auch für die Gemeinschaftsschule, an die aber im Unterschied zu den Regionalschulen auch eine gymnasiale Oberstufe angeschlossen werden kann. Solche Gemeinschaftsschulen führen nach neun Jahren zum Abitur. In der Gemeinschaftsschule wird sowohl binnendifferenziert als auch fachleistungsdifferenziert unterrichtet. Die bestehenden Gesamtschulen werden bis 2010 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Die meisten Schulträger haben sich nach Angaben des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums vor der gesetzlichen Umwandlungsfrist frühzeitig für eine der beiden neuen Schularten entschieden. Demnach werden zum Schuljahresbeginn 2010/11 rund 70 Regionalschulen und rund 135 Gemeinschaftsschulen entstanden sein. Zusammen mit den 100 Gymnasien wird es dann in Schleswig-Holstein rund 300 Sek-I-Schulen geben.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

## DATEN UND FAKTEN IM ÜBERBLICK\*

Regierung	CDU
Kultusminister	Bernward Müller (CDU)
Schüler in der Sekundarstufe I	98.055
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in öffentlicher Trägerschaft	335, davon 237 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 92 Gymnasien 6 Integrierte Gesamtschulen
Allgemein bildende Schulen ab Sekundarstufe I in privater Trägerschaft	16, davon 8 Schulen mit mehreren Bildungsgängen 7 Gymnasien 1 Integrierte Gesamtschule
Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die Schularten (öffentlich und privat)	49,6 % Schulen mit mehreren Bildungsgängen 36,6 % Gymnasien 2,8 % Integrierte Gesamtschulen

### REFORMVORHABEN DER LANDESREGIERUNG:

Die CDU-Regierung sieht keine Veränderungen in der Schulstruktur vor. In Thüringen existiert ein zweigliedriges Schulsystem. Nach der vierjährigen Grundschule wechseln die Schülerinnen und Schüler entweder auf das Gymnasium, die Gesamtschule oder auf die *Regelschule*. In dieser Schulart kann der Haupt- oder Realschulabschluss sowie die Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe erlangt werden. In der Klassenstufe 5 und 6 werden alle Schülerinnen und Schüler der Regelschule gemeinsam unterrichtet, danach entscheidet die Schulkonferenz, ob der Unterricht integriert und binnendifferenziert oder in abschlussbezogenen Klassen fortgeführt wird.

### PROGRAMM DER SPD THÜRINGEN:

Die Thüringer SPD sieht vor, neben Gymnasium und Regelschule eine neue Thüringer *Gemeinschaftsschule* einzurichten. Die Gemeinschaftsschule soll die Klassenstufen 5-10 umfassen, soll aber auch um eine gymnasiale Oberstufe ergänzt werden und somit alle Abschlüsse anbieten können. Bis mindestens Klasse 8 soll binnendifferenziert unterrichtet werden. Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen soll auf Antrag des Schulträgers unter Berücksichtigung des Elternwillens durch eine Zusammenfassung bereits bestehender Schulen möglich werden.

\*Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Kooperative Gesamtschulen werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind in den Zahlen der entsprechenden Schularten enthalten. Freie Waldorfschulen und Förderschulen wurden nicht einbezogen.

**Alle Bundesländer:**

Deutscher Bundestag: BT-Drs. 16/9891 vom 01.07.2008: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Meinhardt et. al.

Unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/098/1609891.pdf>

Hans-Werner Fuchs: Strukturen und Strukturreformen im allgemein bildenden Schulwesen der deutschen Bundesländer. In: Die Deutsche Schule. 101. Jahrgang 2009, Heft 1, S. 7-19. Waxmann.

Valentin Merkelbach: Chancen einer Schule für alle in der aktuellen Auseinandersetzung. März 2009.

Unter: <http://bildungsklick.de/a/67083/chancen-einer-schule-fuer-alle-in-der-aktuellen-auseinandersetzung/>

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2007/2008. Fachserie 11, Reihe 1. Wiesbaden 2008.

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Private Schulen. Schuljahr 2007/2008. Fachserie 11, Reihe 1.1. Wiesbaden 2008.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Statistische Veröffentlichungen der Länder der Kultusministerkonferenz. Dokumentation Nr. 186 – März 2009. Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1998 bis 2007. Bonn 2009.

**Baden-Württemberg:**

Kultusministerium Baden-Württemberg: Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Kultusminister Helmut Rau: Neue Werkrealschule ist zukunftsweisende pädagogische Innovation. Pressemitteilung vom 20.01.2009.

Unter: <http://www.km-bw.de/servlet/PB/-s/1t3cb8p14pawww1ge1vvs14jw95a1ho2csq/menu/1242066/index.html>

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD: Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes in Baden-Württemberg. 29.08.2008.

Unter: [http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14\\_3179\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3179_d.pdf)

**Bayern:**

Bayern SPD: Bayern, aber gerechter. Regierungsprogramm der BayernSPD 2008-2013.

Unter: [http://bayernspd.de/workspace/uploads/standards/Regierungsprogramm\\_2008-2013.pdf](http://bayernspd.de/workspace/uploads/standards/Regierungsprogramm_2008-2013.pdf)

**Berlin:**

Senatskanzlei: Senat stimmt Weiterentwicklung der Schulstruktur zu. Pressemitteilung vom 10.02.2009.

Unter: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2009/02/10/120090/index.html>

CDU Berlin: Das Berliner Modell. Gute Bildung für Berlin: Aufstiegschancen für alle Schüler. Vorgestellt am 12.01.2009.

Unter: [http://www.cduberlin.de/download/?file=masterplan\\_bildung\\_online.pdf](http://www.cduberlin.de/download/?file=masterplan_bildung_online.pdf)

**Bremen:**

Freie Hansestadt Bremen: Bremer Schulentwicklungsplan 2008. Ergebnisse der Arbeit des Fachausschusses „Schulentwicklung“ der Deputation für Bildung. Beschlussfassung vom 30.10.2008

Unter: <http://www.bildung.bremen.de/fastmedia/13/Schulentwicklungsplan.pdf>

**Hamburg:**

SPD Hamburg: Gute Bildung für alle. Beschluss des Landesparteitages am 4./5. Juli 2008.

Unter: [http://www.spd-hamburg.de/cms/fileadmin/LO/Dokumente/Parteitage/0708/C\\_1\\_GuteBildung.pdf](http://www.spd-hamburg.de/cms/fileadmin/LO/Dokumente/Parteitage/0708/C_1_GuteBildung.pdf)

**Hessen:**

SPD Hessen: Die Zeit ist reif für eine neue Politik in Hessen. Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2008-2013.

Unter: [http://www.spd-hessen.de/db/docs/doc\\_22046\\_2009218124936.pdf](http://www.spd-hessen.de/db/docs/doc_22046_2009218124936.pdf)

**Mecklenburg-Vorpommern:**

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern: Die Arbeit in der Regionalen Schule. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 21. Juni 2004.

Unter: [http://service.mvnet.de/\\_php/download.php?datei\\_id=6453](http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=6453)

**Niedersachsen:**

Niedersächsisches Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72)

Unter: [http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C1884279\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C1884279_L20.pdf)

**Nordrhein-Westfalen:**

FDP Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen - auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1. Einstimmiger Beschluss des Landesvorstandes vom 13. Oktober 2008.

Unter: <http://www.fdp-nrw.de/files/458/LeitantragBildungFDPLPT08112008.pdf>

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Qualitätsoffensive Hauptschule Nordrhein-Westfalen. Hauptschule hat Zukunft.

Unter: <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Konferenzen14LP/2008/Hauptschule/Rahmenkonzept.pdf>

SPD Nordrhein-Westfalen: Die beste Bildung für alle. Erfolgreich starten und ein Leben lang lernen – Fördern statt Auslesen. Beschluss des Landesparteitages vom 25. August 2007.

Unter: [http://www.bestebildung.de/db/docs/doc\\_15848\\_200842132833.pdf](http://www.bestebildung.de/db/docs/doc_15848_200842132833.pdf)

**Rheinland-Pfalz:**

CDU Rheinland-Pfalz: Mit ganzem Herzen Rheinland-Pfalz! Regierungsprogramm 2006-2011.

Unter: <http://www.cdurlp.de/pressestelle/download/wassinddiethemen/index.html>

**Saarland:**

SPD Saarland: Tagungsunterlagen zum 26. Ordentlichen SPD-Landesparteitag am 08./09. Mai 2009.

Unter: [http://www.spd-saar.de/uploads/media/LPT09\\_Tagungsunterlagen\\_01.pdf](http://www.spd-saar.de/uploads/media/LPT09_Tagungsunterlagen_01.pdf)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hauptschule im Saarland geht in „erweiterte Realschule“ auf. 29.03.1996, Nr. 76, S. 5.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Regierungserklärung der Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur Annegret Kramp-Karrenbauer. „Aufstieg durch Bildung“

Unter: <http://www.cdu-saar.de/downloads/80465.pdf>

**Sachsen:**

SPD Sachsen: Sachsens neue Stärke. Gerecht. Innovativ. Solidarisch. Angenommene Beschlüsse des Landesparteitages vom 15./16. November 2008.

Unter: [http://www.spd-sachsen.de/component?option=com\\_docman/task,doc\\_download/gid,72/Itemid,159/](http://www.spd-sachsen.de/component?option=com_docman/task,doc_download/gid,72/Itemid,159/)

**Sachsen-Anhalt:**

CDU Sachsen-Anhalt: Diskussionspapier der AG Bildungspolitik. Die richtige Schule für jede und jeden.

Unter: <http://cdulsa.eckpunkt.de/ftp/PDF/Bildungspolitik.pdf>

SPD Sachsen-Anhalt: Bildung und Wissenschaft.

Unter: [http://www.spd-sachsen-anhalt.de/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=10&Itemid=22](http://www.spd-sachsen-anhalt.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=10&Itemid=22)

**Thüringen:**

SPD Thüringen: Die Thüringer Gemeinschaftsschule. Unser Weg zum längeren gemeinsamen Lernen.

Unter: <http://www.spd-thl.de/dokumente/dok/200802-laenger-lernen.pdf>

## **Bisher erschienen:**

Hrsg: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg:

**Bildungsföderalismus auf dem Prüfstand** (2009)

Hrsg: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg:

**Bildungsstandards als Instrument schulischer Qualitätsentwicklung** (2009)

Klaus Klemm:

**Bildungsausgaben im föderalen System – Zur Umsetzung der Beschlüsse des „Bildungsgipfels“** (2009)

Marei John-Ohnesorg:

**Lehren. Lernen. Neugier wecken.** (2009)

Hrsg: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg:

**Neue Medien in der Bildung – Lernformen der Zukunft** (2008)

Hrsg: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg:

**Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg. Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III** (2008)

Hrsg: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg:

**Der Bildungsbegriff im Wandel. Verführung zum Lernen statt Zwang zum Büffeln** (2008)

Nicolas Gatzke:

**Lebenslanges Lernen in einer alternden Gesellschaft** (2007)

Hrsg: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg:

**Zusammen. Leben. Lernen. Bildungssystem in einer Einwanderungsgesellschaft** (2007)

Martin Baethge, Heike Solga, Markus Wieck:

**Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs** (2007)



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist  
im Qualitätsmanagement zertifiziert  
nach EFQM (European Foundation  
for Quality Management):  
Committed to Excellence